Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1689

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundesregierung wird untersagt, Maßnahmen irgendwelcher Art zu ergreifen, zu veranlassen oder zu unterstützen, die der Durchführung des Planes der drei Westmächte für die Aufstellung deutscher Truppeneinheiten für eine „Atlantische" oder eine „Europäische" Armee dienlich sind.

Der Bundesregierung wird insbesondere untersagt, den Empfehlungen nach Errichtung von Rekrutierungsbüros für diese Armee nachzukommen.

Die Bundesregierung wird beauftragt, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Aufnahme von Rüstungsproduktion jeglicher Art verbietet und unter schwerste Strafe stellt.

Bonn, den 8. Dezember 1950

Renner und Fraktion

Druck: Peter Meier, [illegible]-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße [illegible]
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1